

Gruppe SPD – WGS – B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf

31303 Burgdorf, 23. Jan. 2009

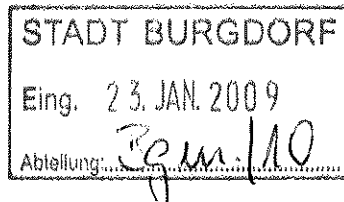
Adolf W. Pilgrim, Vorsitzender

Milanweg 6, 31303 Burgdorf

Tel.: 05136 – 83376

Fax: 05136 – 9719551

Email: adolf-w.pilgrim@htp-tel.de



Herrn Bürgermeister
Alfred Baxmann
Rathaus II
Vor dem Hann. Tor 1
31303 Burgdorf

Entwurf einer Resolution zur Verabschiedung in der kommenden Ratssitzung zu den Bedingungen der Landesregierung für das Konjunkturpaket II

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

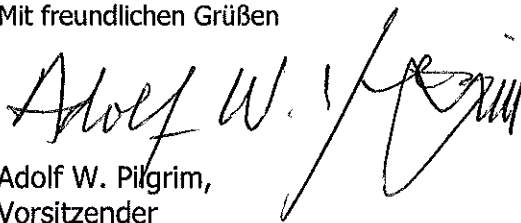
die Mehrheitsgruppe im Rat der Stadt Burgdorf hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den beigefügten Entwurf einer Resolution des Rates zu den noch festzulegenden Bedingungen der Landesregierung für die Förderung aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung als Antrag einzubringen und die Resolution in der nächsten Ratssitzung zu beschließen.

Die Resolution an die Landesregierung ist deshalb jetzt wichtig, um möglichst noch Einfluss zu nehmen auf die Bedingungen, die das Land zusätzlich zu den Bundesvorgaben aufstellen will. Einiges ist in der bereits voll im Gange befindlichen öffentlichen Diskussion im Lande schon bekannt geworden. Demnach ist u.a. zu befürchten, dass nicht **alle** Kommunen beteiligt werden sollen. Alle bereits in unserem Haushaltsplan für 2009 enthaltenen Maßnahmen sollen offensichtlich nicht förderungsfähig sein.

Wir halten es für dringend erforderlich, dem Land Niedersachsen über diese Resolution mitzuteilen, welche Wünsche bzw. Forderungen die Stadt an die Landesregierung hat, damit in allen Kommunen möglichst viele Vorhaben schnellstens beauftragt und umgesetzt werden und auch die finanzschwachen Kommunen möglichst ohne Eigenanteil an dem Konjunkturpaket II partizipieren können. Die inhaltlichen Schwerpunkte müssen vor Ort gesetzt werden.

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen


Adolf W. Pilgrim,
Vorsitzender

Dieser Antrag wurde elektronisch übermittelt und trägt deshalb keine Unterschrift.

Entwurf

Resolution des Rates der Stadt Burgdorf

Die Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket II in voller Höhe an die kommunale Ebene weiterleiten!

1. Der Rat der Stadt Burgdorf begrüßt, dass sich die große Koalition in Berlin auf einen „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ - sog. Konjunkturpaket II - verständigt und ein „kommunales Investitionsprogramm“ aufgelegt hat, von dem ein Anteil von rund 1,20 Milliarden Euro auf Niedersachsen entfällt.
2. Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung auf, das kommunale Investitionsprogramm des Bundes, wie vom Ministerpräsidenten angekündigt, mit mindestens 307 Mio. Euro aus Landesmitteln gegen zu finanzieren und die auf Niedersachsen entfallenden Mittel im Rahmen der Vorgaben des Bundes in voller Höhe und ohne weitere Auflagen an die kommunale Ebene weiterzuleiten. Einzige Voraussetzung für die Zuweisung der Mittel dürfen -wie bundeseitig vorgegeben- eine investive Bindung und der tatsächliche Abfluss der Gelder in den Jahren 2009 und 2010 sein. Hierbei steht die Landesregierung in der Pflicht, die kommunale Ebene nicht durch die Hintertür - etwa durch eine weitere Kürzung der Verbundquote des Kommunalen Finanzausgleichs - zur Kasse zu bitten.
3. Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung auf, die Mittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm schnell und effizient mit einem einfachen, transparenten und gerechten Schlüssel den Gemeinden, Samtgemeinden, Städten und Kreisen/Region Hannover zuzuteilen, damit möglichst schnell Aufträge erteilt werden können. Bei der Verteilung muss sichergestellt werden, dass sämtliche Gebietskörperschaften angemessen berücksichtigt werden. Der Schlüssel für die Verteilung muss im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden gefunden werden.
4. Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung auf, die Entscheidung über die Verwendung der Mittel des Konjunkturpakets im Rahmen der Vorgaben des Bundes allein der kommunalen Ebene zu überlassen. Auch muss es der Entscheidung der Kommunen überlassen bleiben, ob und ggf. in welchem Umfang eine Kofinanzierung der über das Investitionsprogramm den Kommunen zur Verfügung gestellten Mittel vorgenommen wird.
5. Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung insbesondere auf, die Mittel des kommunalen Investitionsprogramms nicht für Vorhaben zu verwenden, die allein in Landeszuständigkeit liegen. Die Sanierung von Landesliegenschaften muss aus originären Landesmitteln finanziert werden und darf nicht zu einer Kürzung der im kommunalen Investitionsprogramm an die Kommunen zu verteilenden Mittel führen.
6. Die Landesregierung ist schließlich aufgefordert, die kommunale Investitionstätigkeit nicht durch unangemessene kommunalaufsichtsrechtliche Vorgaben zu behindern.